

Keine Abschiebungen ins Elend!

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.

www.proasyl.de



Foto: Lurliana Ferrando

Seit vielen Jahren leben aus dem Kosovo geflüchtete Roma in Deutschland. Im Kosovo droht ihnen ein Leben unter katastrophalen Bedingungen ohne jede Chance auf Zukunft, Bildung und Arbeit.



Foto: Stephan Dünwald

Minderheiten im Kosovo:

Vegetieren am Rande der Müllkippe

Am 14. April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Damit droht Minderheiten wie Roma und Ashkali vermehrt die Abschiebung. Im Kosovo wartet auf sie buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe – wie z.B. in den kontaminierten Lagern Cesmin Lug und Osterode bei Mitrovica. PRO ASYL geht mit einer Protestaktion an die Innenminister dagegen an. Beteiligen auch Sie sich an unserer Initiative: „Keine Abschiebungen ins Elend!“.

Kosovo: Eine lange Geschichte von Gewalt und Verfolgung

Nachdem 1989 das serbische Parlament unter Slobodan Milošević die Autonomie der Provinz Kosovo aufgehoben hat, wird die albanische Bevölkerung massiv unterdrückt. 1998 beginnt der Guerillakrieg der albanischen UÇK gegen die Serben. Auf deren Anschläge reagieren die Serben mit großer Brutalität. Im März 1999 interveniert die Nato unter deutscher Beteiligung mit Luftangriffen auf das damalige Jugoslawien.

Im Juni 1999 vereinbaren die Kriegsparteien den Abzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo und die Stationierung von Friedenstruppen im Rahmen einer UN-Mission. Trotzdem werden binnen Monaten ethnische Minderheiten wie z.B. Roma und Ashkali zum Opfer gewalttätiger Übergriffe und Vertreibungen durch die Albaner. Siedlungen werden niedergebrannt, etwa 120.000 Roma und Ashkali müssen fliehen. In Deutschland erhalten viele Flüchtlinge jedoch nur eine Duldung, dauerhafter Schutz wird nicht gewährt.

Zwangswise ins Elend

Nun sollen rund 10.000 Roma-Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz gesucht haben, zwangsweise zurück in den Kosovo. Es ist geplant, pro Jahr bis zu 2.500 Menschen dorthin abzuschicken.

Im Kosovo treffen die Zurückkehrenden auf Hass und Ablehnung. Ihre Häuser sind zerstört oder längst von Albanern in Besitz genommen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen trotz aller gegenteiligen offiziellen Bekundungen weitgehend versperrt. Ihre in

Deutschland geborenen Kinder können sich weder auf albanisch noch serbisch verständigen und finden dort keine Lebensperspektive.

Viele der Abgeschobenen fliehen daher erneut – entweder in die Elendslager nach Montenegro, nach Serbien oder in die Illegalität zurück nach Deutschland und Westeuropa.



Frau vor ihrer „Unterkunft“ in einem Lager in Montenegro

Foto: Stephan Dünwald

Der Protest gegen die Abschiebungen ins Elend wächst

Die Abschiebungen laufen seit dem Rückübernahmeabkommen vermehrt an. Im April musste bereits eine siebenköpfige Roma-Familie mit einem geistig behinderten Kind zurück in den Kosovo. Doch die Kritik an den Zwangsmaßnahmen wird stärker und stärker.

So hat der EU-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg bereits mehrfach gefordert, von Abschiebungen in den Kosovo abzusehen. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel betont er, dass der Kosovo über keine Infrastruktur verfüge, die eine Reintegration von Flüchtlingen erlaube. Insbesondere Roma seien Opfer systematischer Diskriminierung.

In einem von Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling initiierten Appell sprechen sich prominente Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler gegen die Abschiebungen aus. Sie fordern dazu auf, den Flüchtlingsfamilien „... endlich einen rechtmäßigen Aufenthalt aus humanitären Gründen zu erteilen und sie so vor einer Abschiebung zu schützen und von ihrer existentiellen Angst zu befreien“.

In Münster solidarisierten sich in einer lokalen Initiative Hunderte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch die örtlichen Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD. Viele ließen sich anlässlich einer Foto-Aktion mit ihren von Abschiebung bedrohten Nachbarn in der Münsteraner Fußgängerzone fotografieren, um so öffentlich ein Zeichen des Protestes zu setzen.

„Die Abschiebung wäre nicht zu fassen“



Foto: Luciana Ferrando

Menschen bei der Foto-Aktion in Münster



Beide Fotos: Ulrike Löw

Verarmt, prekär und hoffnungslos: Schicksale abgeschobener Menschen

EU-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg über die Situation im Kosovo: „Ich war in den beiden bekannten Lagern bei Mitrovica, Cesmin Lug und Osterode. Sie liegen auf den Abraumhalden des Bergwerks von Trepca, kein Stück Land im früheren Jugoslawien ist so verseucht. Besonders Kinder haben alarmierende Blutwerte. Die Nato hat ihre Soldaten deshalb von dort abgezogen. Die Roma-Kinder leben dort seit zehn Jahren.“

Familie Ajeti*

Familie Ajeti ist gezwungen, in dem mit Schwermetall kontaminierten Lager Osterode zu wohnen. Sie hat sieben Kinder, von denen vier in Deutschland geboren sind. Keiner in der Familie hat eine feste Arbeit. Beide Eltern sind krank.

Familie Berxulli*

Familie Berxulli lebte 17 Jahre in Deutschland, bevor sie im Juli 2009 mit fünf Kindern aus Niedersachsen abgeschoben wurde. Das Haus der Familie im Kosovo existiert nicht mehr. Aus Angst vor Gewalttaten kehrte sie nicht in ihren früheren Heimatort zurück und wanderte weiter nach Montenegro. Die heutige Behausung der Familie ist wenig mehr als ein Verschlag, unvollständig mit Plastik verkleidet. Der Regen tropft durch die Decke.



Kranker Junge im Lager Osterode

Foto: Florian Bachmeier

Familie Ibrahimimi*

Familie Ibrahimimi wohnte mit ihren vier Kindern in Blaubeuren. Herr Ibrahimimi arbeitete bei einem Lastwagenhersteller in Ulm. Im Oktober 2008 wurde die Familie abgeschoben. Nun lebt sie eingepfercht in einem Zimmer in Mitrovica. Herr Ibrahimimi sammelt Plastik und wenn er Glück hat, kann er manchmal als Tagelöhner etwas verdienen.

Jetzt kommt es auf Ihr Engagement an!

Die Proteste gegen das Rückübernahmeabkommen zeigen erste Wirkungen. So fordert Bundesinnenminister De Maizière mittlerweile die Länder auf, zurückhaltender bei Abschiebungen von Roma vorzugehen. Jetzt ist Ihre persönliche Initiative gefragt.

1. Kreativität zählt: Protestieren Sie mit einem Foto.

Ob alleine oder zusammen mit Bekannten und Verwandten, ob gemeinsam mit Freunden aus der ganzen Welt oder betroffenen Roma aus der Nachbarschaft – halten Sie Ihren Protest auf einem Foto fest.

Eine Idee dazu: Falten Sie dieses Infoblatt so zusammen, dass das Aktionsmotto „Keine Abschiebungen ins Elend!“ sichtbar wird. Halten Sie dann das so gefaltete Blatt gemeinsam in die Kamera – schon ist Ihr Protestfoto fertig.

Senden Sie Ihr Foto als Protest gegen das Rückübernahmeabkommen und die Abschiebungen der Roma und Ashkali an den Innenminister Ihres Bundeslandes.

Bitte senden Sie Ihr Foto ebenfalls an info@proasyl.de. Wir wollen eine Auswahl auf unserer Homepage veröffentlichen.

2. Schreiben Sie einen Brief.

Wenden Sie sich an den Innenminister Ihres Bundeslandes, um ihn mit Ihren persönlichen Worten auf die elende Situation aufmerksam zu machen. Persönliche Schreiben werden von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern zumeist besonders beachtet.

3. Machen Sie mit bei der E-Mail-Protestaktion.

Unter www.proasyl.de können Sie direkt eine Protestemail an die Innenminister abschicken. Leiten Sie den Link zur E-mail-Aktion auch an Freunde und Bekannte weiter.

Herausgegeben im Mai 2010

Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/Main

Spendenkonto-Nr. 8047300, BLZ 370 205 00, Bank für Sozialwirtschaft Köln

* Namen zum Schutz der Betroffenen geändert